

Geschäftsführung:  
Fachbereich 4 Planen und Bauen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 15.02.2024**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Karin Hertel	SPD	
Ratsfrau Ilona Bartocha Die Grünen	Bündnis 90 /	
Ratsherr Michael Dregger	CDU	Vertreter für Ratsherrn Michael Meyer
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Dominik Hass	SPD	Vertreter für Herrn Benjamin Pritschow
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Andreas Stach 90/Die Grünen	Bündnis	Vertreter für Herrn Eugen Cramer
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	Vertreter für Zweiten Stellvertretenden Bürgermeister Dirk Franke
Herr Dietmar Fernholz	DIE LINKE.	
Herr Philipp Kallweit	SPD	
Herr Mehmet Kaya	CDU	
Frau Eva Prinz	CDU	

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Thomas Funk Fraktionslos  
Herr Frank Theis Fraktionslos

#### **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler  
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus  
Herr Stephan Theo Hammer

Frau Irina Becker  
Frau Nina Niggemann-Schulte  
Herr Christopher Rehnert  
Herr Dieter Rotter  
Frau Gudrun Abendroth  
Frau Helena Brandt  
Herr Jürgen Flemming  
Frau Marietta Kümmerl  
Herr Janis Weiland

**Schriftführung:**

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Herr Eugen Cramer	Bündnis
90/Die Grünen	
Herr Benjamin Pritschow	SPD

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

**1. Verabschiedung des stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Lüdenscheid**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass es zu Beginn der Sitzung einen feierlichen Anlass gebe.

Der langjährige stellvertretende Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Lüdenscheid, Herr Uwe Wenzel, werde in den Ruhestand verabschiedet. Er bedankt sich für seine 24jährige Tätigkeit als stellvertretender Leiter der Freiwilligen Feuerwehr und 52 Jahre aktive Mitgliedschaft in der Feuerwehr.

Für dieses großartige Engagement in der Feuerwehr überreicht Vorsitzender Holzrichter Herrn Wenzel als Abschiedsgeschenk des „Feuerwehrausschusses“ einen SIKU-Feuerwehr-VW-Bus mit dem Kennzeichen LÜD-UW 112. Eine weitere Würdigung seines Engagements werde er in der in zwei Wochen stattfindenden Jahresdienstbesprechung in entsprechend feierlichem Rahmen erfahren. Er wünscht ihm eine lange Mitgliedschaft in der Ehrenabteilung der Feuerwehr.

**2. Öffentliche Fragestunde**

---

Auf Nachfrage einer Bürgerin führt Frau Niggemann-Schulte aus, dass im Verfahren zur Erstellung des Mobilitäts- und Radverkehrskonzeptes eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werde. Dadurch erhielten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Fragen und Anregungen vorzubringen und erhielten damit eine Gestaltungsmöglichkeit.

Die Bürgerin bedankt sich für die Antwort.

### **3. Berichts- und Beschlusskontrolle**

---

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellten Auflistungen der Beschlusskontrollen zur Kenntnis.

### **4. Vorstellung des Neubaus der Brücken "Fuelbecker Straße" und "Tweerweg" durch die Autobahn GmbH des Bundes (AdB)**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Katharina Erbismann, Samuel Freund und Simon Fries von der Autobahn GmbH des Bundes (AdB) und bittet um Vorstellung der Neubaumaßnahmen.

Frau Erbismann bedankt sich zunächst für die Möglichkeit, die Neubaumaßnahmen der Brücken „Fuelbecker Straße“ und „Tweerweg“ über die Bundesautobahn 45 (BAB 45) vorstellen zu können. Sie führt aus, dass sie in der Außenstelle Netphen in der Geschäftsleitung für Bau und Erhaltung für den Abschnitt der BAB 45 von Hessen bis einschließlich Lüdenscheid-Mitte zuständig sei. Herr Simon Fries sei der zuständige Projektingenieur für die beiden Brückenneubauten. Sie bittet ihn um Erläuterung der Baumaßnahmen.

Herr Fries betont, dass die beiden Baumaßnahmen nach einander ausgeführt würden, um immer eine Querung über die BAB 45 zu ermöglichen. Er erläutert nach Darstellung der Ausgangssituation zunächst die Baumaßnahme der **Brücke „Fuelbecker Straße“**. Das Bauwerk werde mit fünf Spannbetonfertigteilträgern aus hochfestem Beton hergestellt, so dass auf die derzeit vorhandenen Mittelstützen verzichtet werden könne. Die Fertigteile würden von der BAB 45 eingehoben. Die Richtungsfahrbahnen würden damit im Neubau jeweils 0,25 m und die Gehwege jeweils 0,10 m breiter als bisher im Bestand. Die **Brücke „Tweerweg“** werde dagegen in Stahlverbundbauweise mit Ortbetonergänzung hergestellt. Damit könne auch hier auf die bisherigen Mittelstützen verzichtet werden. Die Stahlträger würden in zwei Teilen angeliefert und anschließend per Kran eingehoben. Je Richtungsfahrbahn werde der Neubau hier ebenfalls 0,25 m und die Gehwege jeweils 0,20 m breiter. Eine Andienung beider Baustellen erfolge über die Anschlussstelle Lüdenscheid-Mitte. Eine Beeinträchtigung der Baumaßnahme der Rahmedetalbrücke durch die Bauarbeiten der Brücken sei nicht zu erwarten. Arbeiten, die auf den Brücken erfolgen müssten, würden über die kommunalen Straßen angedient. Die Herstellung der Widerlager erfolge parallel von der Autobahn aus. Begonnen werde die Baumaßnahme mit der Brücke „Fuelbecker Straße“. Erst nach Verkehrsfreigabe der Fuelbecker Straße werde mit der Baumaßnahme der Brücke „Tweerweg“ begonnen. Abschließend stellt er das Umleitungskonzept für die jeweiligen Vollsperrungen der Bestandsbrücken vor. Er betont, dass die gewählten Umleitungsstrecken lediglich ca. 1 km länger seien.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Vorstellung bei Frau Erbismann und Herrn Fries.

Ratsherr Dudas bedankt sich für die Ausführungen. Er fragt, ob der geplante sechsspurige Ausbau der BAB 45 mit den dargestellten Brückenplanungen vereinbar seien.

Herr Fries antwortet, dass der sechsspurige Ausbau bereits in diese Planungen eingearbeitet sei.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Ersching führt Frau Erbismann aus, dass gewählten Umleitungsstrecken für die Brückenbauarbeiten nur sehr unbelastend für die Umleitungsstrecke wegen der Sperrung der Rahmedetalbrücke seien. Es würden lediglich ca. dreistellige Fahrzeugbelastungen pro Tag auf den Strecken Fuelbecker Straße und Tweerweg liegen. Darüber hinaus handele es sich durch das Wohngebiet Vogelberg lediglich um PKW's.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Schwarzkopf führt Frau Erbismann aus, dass die Neubauten niemals schneller und unproblematischer durchgeführt werden könnten als jetzt, wo die BAB 45 ohne Verkehrsfluss sei. Insbesondere die Baustellenandienung sowie das Einheben der Brückenbauteile könnten nicht besser und schneller erfolgen.

Abschließend führt Frau Erbismann auf Nachfrage von Rats Herrn Stach aus, dass als Baubeginn die zweite Jahreshälfte 2024 vorgesehen sei und eine Fertigstellung der beiden Brücken vor Fertigstellung der Rahmedetalbrücke erfolge.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ergänzenden Erläuterungen und wünscht eine gute Heimreise.

## **5. Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 23.01.2024 zum Thema "Einführung eines Innenstadt-Kleinbusses oder alternativer Beförderungsmöglichkeiten"**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion bereits ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt und mit den Sitzungsunterlagen an die Ausschussmitglieder verschickt worden sei. Er fragt, ob zusätzlich ein Vortrag der Verwaltung gewünscht werde. Dieses ist nicht der Fall.

Ratsfrau Siebensohn führt aus, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstütze. Sie beantragt, die Prüfung zu erweitern um **1.** die Nutzungsmöglichkeit autonomer Fahrzeuge, **2.** die Einbindung der *Freiherr-vom-Stein-Straße*, der Straße *Im Hasley* und der Straße *In der Landwehr* in die Route des Busses sowie **3.** die Möglichkeit einer „On-Demand-Nutzung“.

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass den vorgeschlagenen zusätzlichen Prüfungen seitens der Antragstellenden zugestimmt werde.

**Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag der Verwaltung aus der Stellungnahme vom 31.01.2024 für das weitere Vorgehen, ergänzt um die drei zusätzlichen Prüfungen, einstimmig zu.**

## **Beschluss:**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

## **6. Sachstandsbericht über die "Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45"**

---

### **6.1. Auswirkungen auf die verkehrliche Situation**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Niggemann-Schulte und bittet um Vortrag.

Frau Niggemann-Schulte erläutert anhand der in das **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation zunächst die Daten der im November 2023 durchgeführten Verkehrserhebung. Sie hebt hervor, dass die Belastung durch LKW-Verkehr seit der Datenerhebung im August noch einmal rückläufig gewesen sei. Insgesamt habe eine Reduktion auf 55 % der ursprünglichen Verkehrsbelastungen durch LKW erreicht werden können. Sie betont, dass auch in Brügge die Zahl der LKW-Verkehre hätten verringert werden können. Zum weiteren Vorgehen teilt sie mit, dass die bisherigen Maßnahmen belegt durch die Daten aus November 2023 noch immer wirksam seien. Somit müssten die Kontrollen weiter wie bisher erfolgen. Welche weiteren Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene erfolgten, müsse zunächst abgewartet werden. Die Erhebung der Unfalldaten auf der Umleitungsstrecke und den angrenzenden Straßen zeigten, dass diese deutlich gesunken seien. Die extrem hohen Werte aus dem Jahr 2022 könnten nicht mehr festgestellt werden. Die Pfortneranlage im Bereich der Abfahrt „Lüdenscheid-Nord“ werde mit einer neuen Software und einem neuen Steuergerät ausgestattet, so dass bei Kapazitätsreserven an der Ampel vom Autobahnzubringer auf die Heedfelder Landstraße ein größerer Verkehrsabfluss von der Autobahn auf den Autobahnzubringer ermöglicht werden könne. Ein künstlicher Stau auf der Autobahn werde so vermieden. Die Wartezeiten stadteinwärts könnten dadurch in Abhängigkeit von der Verkehrssituation und im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage an der Einmündung Heedfelder Landstraße/Autobahnzubringer reduziert werden. Die Anlage solle nachts und an Feiertagen durchlaufen, jedoch dann auf eine bedarfsabhängige Schaltung eingestellt werden. Dadurch würden die Fahrzeuge bei Stau auf dem Autobahnzubringer auf der Autobahn gehalten. Eine Akzeptanz der Regelung, dass nur ein Fahrzeug bei Grün auf den Autobahnzubringer gelassen werde, solle durch die Einstellung einer kürzeren Grünzeit erreicht werden. Die Inbetriebnahme sei für März 2024 vorgesehen.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die öffentliche Sitzung um 17:47 Uhr für Wortmeldungen aus der Öffentlichkeit.

Ein Anwohner der Umleitungsstrecke führt aus, dass er die im August 2023 vorgestellten Zahlen der Verkehrserhebung bereits beanstandet und daraufhin mit Frau Niggemann-Schulte und Herrn Hayer bereits persönlich gesprochen habe. Er habe mit seinen Mitstreitern nachweislich eine wesentlich höhere Verkehrsbelastung festgestellt. Er regt an, künftig nicht

mit hochgerechneten Verkehrsbelastungen sondern mit tatsächlich gezählten Fahrzeugen zu arbeiten und diese zu veröffentlichen.

Ein weiterer Anwohner kritisiert, dass die Pfortneranlage an der Abfahrt Lüdenscheid-Nord derzeit so geschaltet sei, dass der Stau auf der Autobahn möglichst verhindert werde. Er halte dieses für falsch und regt an, die Taktung so einzustellen, dass Staus in der Stadt möglichst verhindert würden. Erst dadurch könne eine Entlastung erreicht werden.

Vorsitzender Holzrichter eröffnet die öffentliche Sitzung erneut um 18:02 Uhr.

Vorsitzender Holzrichter bittet Frau Niggemann-Schulte um Erläuterung.

Frau Niggemann-Schulte führt aus, dass die erfolgten Datenerhebungen Zahlen ergeben hätten, wie sie auch die Bürgerinitiative gezählt habe. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen und als Grundlage für weitere Berechnungen der Verkehrstechniker, sei es erforderlich, die Zahlen mit Hilfe eines standardisierten Verfahrens tatsächlich vergleichbar zu machen. Das sei hier lediglich erfolgt und diese Zahlen seien veröffentlicht worden.

Frau Niggemann-Schulte bestätigt, dass es sein könne, dass durch Umstellung der Pfortneranlage ggf. mehr Verkehr in der Stadt festzustellen sei. Allerdings nur dann, wenn ein Abfluss dorthin auch möglich sei.

Ratsherr Dudas bedankt sich für die Ausführungen auch seitens der Anwohner. Dennoch könne das subjektive Empfinden von den tatsächlich ermittelten Zahlen abweichen. Einfluss auf die Presseberichterstattung sei kaum möglich. Dennoch müssten die zuständigen Behörden geltendes Recht unbedingt nach ihren Möglichkeiten überwachen. Die Prüfungsergebnisse seitens des Innenministeriums und des Bundes stünden noch aus. Darüber hinaus müsse auch die Stadt Lüdenscheid prüfen, welche eigenen Kontrollmöglichkeiten bestünden. Er regt an, im Bereich der Pfortneranlage ebenfalls eine Überwachung einzurichten, da nicht damit zu rechnen sei, dass sich daran gehalten werde, dass nur ein Fahrzeug bei Grün fahren könne.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Frau Niggemann-Schulte für die Ausführungen.

## **6.2. Aktuelle Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung** **Vorlage: 007/2024**

---

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Beratung der Beschlussvorlage Nr. 007/2024 „Aktuelle Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung“ vom vorgesehenen Tagesordnungspunkt 12.1. in den Sachzusammenhang der Sachstandsberichte über die „Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45“ vorzuziehen. Die Ausschussmitglieder stimmen zu. Er bittet den Ersten Beigeordneten Kessler um Erläuterung.

Erster Beigeordneter Kessler fasst den Inhalt kurz zusammen. Er lobt die deutlich werdende Kreativität seitens der Mitarbeitenden. Er hebt hervor, dass sich auch der Zoll an der Überwachung personell beteilige. Die erste Aufbruchgenehmigung habe bereits erteilt werden können. Abschließend sagt er zu, dass nun eine kontinuierliche Berichterstattung zu den aktuellen Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung erfolge. In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 22. Mai 2024 würde bereits über erste Ergebnisse berichtet werden können.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Erstem Beigeordneten Kessler für die Ausführungen.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

## **7. Vergabe von Ingenieurleistungen zur Straßenplanung und zum Straßenausbau der Schlittenbacher Straße über 100.000 € Vorlage: 152/2023/1**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Anliegergemeinschaft Schlittenbach zur Beschlussvorlage eine Stellungnahme eingereicht habe, die allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und ins Ratsinformationssystem eingestellt worden sei. Er stellt fest, dass ein Absetzungsantrag seitens der Politik nicht vorliege. Straßenplanung und –ausbau der Schlittenbacher Straße seien bereits beschlossen. Der Erlass der Landesregierung liege derzeit lediglich im Entwurf vor. Ein Abwarten bis zur Beschlussfassung im Landtag helfe jedoch nicht, da dann zunächst die Beschlussfassung im Bau- und Verkehrsausschuss vom 30.08.2023 für das weitere Vorgehen entscheidend sei.

Herr Kallweit führt aus, dass in der Antwort auf eine kleine Anfrage im Landtag der Zeitpunkt der „tatsächlichen baulichen Herstellung“ die Vorteilslage begründe. Erst mit Vorliegen der Vorteilslage und der dann bestehenden Rechtslage könne eine Entscheidung getroffen werden, ob eine Beitragspflicht der Anwohner bestehe oder nicht. Damit halte die SPD-Fraktion die jetzt vorgesehene Vergabe der Planungsleistungen für eine Entscheidung über eine mögliche Beitragspflicht für unerheblich.

Ratsherr Schwarzkopf schließt sich den Ausführungen von Herrn Kallweit an, fragt jedoch, ob die Verwaltung diese Einschätzung teile. Er gibt zu bedenken, dass jede weitere Verzögerung die Baukosten in die Höhe treibe. Er fragt, ob die Vergabe der Planungsleistungen tatsächlich nicht zum Schaden der Anwohner führe.

Herr Hammer führt aus, dass seitens der Verwaltung die Einschätzung geteilt werde. Die Vorteilslage liege erst mit der baulichen Umsetzung vor. Eine Beitragspflicht nach KAG liege bis Ende 2026 vor. Eine Antragstellung erfolge mit Baubeginn. Die Stadt Lüdenscheid habe ein Straßen- und Wegekonzept beschlossen, in dem der Ausbau der Schlittenbacher Straße für das Jahr 2026 benannt sei. Um eine fristgerechte Umsetzung gewährleisten zu können, müsse die Planung jetzt vergeben werden. Bei einer Abrechnung nach BauGB müssten die Anwohner die Kosten zu 90 % tragen. Für den Zeitpunkt der Vorteilslage sei es unerheblich, ob eine Abrechnung der Baumaßnahme nach KAG oder nach BauGB erfolge.

Ratsherr Schwarzkopf betont, dass die Vergabe der Planung nichts mit der Zahlungsverpflichtung der Anwohner zu tun habe.

Abschließend stellt Herr Hammer klar, dass die Ausschreibung der Planungsleistungen nach den rechtlichen Vorgaben erfolge. Besonderheiten in der Örtlichkeit würden Berücksichtigung finden.

Vorsitzender Holzrichter fragt, wie das weitere Verfahren aussehe und ob die Bürgerschaft bzw. die Anwohner in das Verfahren eingebunden würden.

Herr Weiland führt aus, dass es bisher noch keine Planung für den Ausbau seitens der Verwaltung gebe. Dafür solle nun ein externes Planungsbüro beauftragt werden. Sobald dieses die Planung erstellt habe, werde es eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben. Anschließend erfolge die Erstellung einer Entwurfsplanung, auf die eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung folge, um ggf. eine „Feinjustierung“ vornehmen zu können.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Weiland für die Ausführungen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschusmitglieder bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen mit Stimmenmehrheit folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ingenieurleistungen zur Planung und zum Bau der Schlittenbacher Straße öffentlich auszuschreiben und zu beauftragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2

## **8. Straßenausbauplanung Piepersloh Vorlage: 193/2023**

---

Auf Antrag von Ratsherrn Hass fassen die Ausschusmitglieder einstimmig den Beschluss, den Tagesordnungspunkt „Straßenausbauplanung Piepersloh; Vorlage: 193/2023“ vor die Haushaltsplanberatungen auf Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen.

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Weiland und bittet um Vortrag.

Herr Weiland stellt die Maßnahme anhand der vorliegenden Ausbauvariante eingehend vor. Er betont, dass die geplanten Pflanzbereiche und Parkstände auch zur Verkehrsberuhigung dienen. Das Oberflächenwasser fließe teilweise über Mulden- und Rigolensysteme ab und entlaste damit die Kanalisation.

Ratsherr Dudas bedankt sich für die Vorstellung. Insgesamt halte er das durchgeführte Verfahren für gut gelungen. Es habe ein Ortstermin stattgefunden und Kompromisse konnten gefunden werden. Dafür dankt er allen am Prozess mitwirkenden. Er regt an, auf die



Rücknahme der Hecke und damit auf die Neuerstellung von vier Parkständen zu verzichten. Es habe zwar keinen Protest aus der Bürgerschaft gegeben, jedoch halte er die vier Parkstände für unnötig. **Er beantragt, die vier Parkstände aus der Planung zu streichen.**

Herr Weiland führt aus, dass im Bremecker Weg durch die vier Parkstände ein Parken von Fahrzeugen inklusive einer Passiermöglichkeit geschaffen würden. Auch im Westerfelder Weg sei alles dafür getan worden, möglichst viele Parkstände zu schaffen. Die Verwaltung müsse hier eine Gesamtbetrachtung vornehmen. Dabei sei auch eine Auskömmlichkeit bezüglich der benötigten Parkstände zu beachten. Diese sei ohne die vier Parkstände nicht mehr gegeben, so dass ein Verzicht auf die vier Parkstände nicht umsetzbar sei.

Auf Nachfrage von Herrn Kallweit antwortet Herr Rehnert, dass die Feuerwehr in die Planungen eingebunden gewesen sei. Für die Feuerwehr mache es keinen Unterschied, ob die Hecke vorhanden sei oder nicht.

Herr Weiland ergänzt, dass Parken derzeit überall möglich sei. Bei Ausweisung als verkehrsberuhigtem Bereichs sei ein Parken nur noch in den dafür ausgewiesenen Flächen möglich.

Ratsherr Dregger führt aus, dass in der letzten Videokonferenz dargestellt worden sei, dass ein Großteil der Hecke auf städtischem Grund wachse. Er schlägt daher vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht die öffentliche Sitzung um 19:14 Uhr.

Eine Anwohnerin führt aus, dass sie den Ortstermin als sehr positiv wahrgenommen habe. Dennoch seien die dort geäußerten Wünsche nur marginal berücksichtigt worden. Der seitens der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss sei nicht mehrheitlicher Wunsch der Anwohner.

Ein Anwohner ergänzt, dass s.E. im Bremecker Weg nicht berücksichtigt worden sei, dass im Zuge des Winterdienstes die Schneefälle gesammelt werden müssten. Die Anwohner hätten in diesem Bereich auf ihren Grundstücken mehr als ausreichende Stellplätze, so dass s.E. die zusätzlich geschaffenen entbehrlich seien.

Vorsitzender Holzrichter eröffnet um 19:22 Uhr die öffentliche Sitzung erneut und bittet Herrn Weiland um Stellungnahme zu den Ausführungen der Anwohner.

Herr Weiland führt aus, dass die Anwohnerbedürfnisse im Verfahren bestmöglich berücksichtigt worden seien. Im Rahmen der Einhaltung der Regelwerke und Vorschriften sei nicht mehr möglich gewesen. Die Feuerwehr benötige eine Fahrbahnbreite von mindestens 3,05 m, die durch die Planung gewährleistet sei. Der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb (STL) sei ebenfalls in die Planungen einbezogen worden. Zur Feststellung der benötigten Stellplätze sei dreimal abends wochentags eine Zählung durchgeführt worden. Die festgestellte Anzahl sei in der Planung umgesetzt worden, um eine auskömmliche Anzahl vorhalten zu können. Bei Streichung der vier Stellplätze zum Erhalt der Hecke wäre die Auskömmlichkeit nicht mehr gegeben. Darüber hinaus würde eine Planungsänderung eine Verzögerung in die Gesamtmaßnahme bringen, die eine fristgerechte Umsetzung verhindern könnte.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Weiland. Sodann lässt er über den **Antrag des Ratsherrn Dudas, die vier Stellplätze zum Erhalt der Hecke aus der Planung zu streichen**, abstimmen.

**Die Ausschussmitglieder lehnen den Antrag bei drei Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mit 9 Gegenstimmen mit Stimmenmehrheit ab.**

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Straßenausbauplanung „Piepersloh“ (Piepersloher Platz, Dulmecker Weg, Westerfelder Weg und Bremecker Weg) entsprechend der im Ausschuss vorgestellten Planunterlagen umzusetzen.

Für die Umsetzung soll die Vergabe der Ingenieurleistungen zur Vorbereitung und Durchführung der Bauleistungen sowie die Vergabe der Tiefbauleistungen in 2024 vergeben werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	./.

## **9. Sachstand Radverkehrsplanung**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Kümmerl als zuständige Planerin für den Rad- und Fußverkehr im Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung und bittet sie um Vortrag.

Frau Kümmerl führt aus, dass sie seit September 2023 Mitarbeiterin im Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung der Stadt Lüdenscheid sei. Ihr Hauptaufgabengebiet liege in der Planung des Rad- und Fußverkehrs in Lüdenscheid. Sie merkt an, dass sie sich in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses nicht habe vorstellen können, da sie an in dieser Zeit an einem begleitenden Lehrgang zum Thema „Einladende Radverkehrsnetze planen und umsetzen“ teilgenommen habe. Die Ausschreibung zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes und eines Radverkehrskonzeptes für Lüdenscheid stehe nun als nächste Aufgabe an. Darüber hinaus sehe sie die Wiederaufnahme der Planungen des Volmetalradweges in Brügge als eine weitere Aufgabe für sich.

Die seitens der Politik beantragte **Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zum Thema Radverkehr sei für Donnerstag, den 27.06.2024 um 17:00 Uhr im Ratssaal** terminiert.

Abschließend wirbt sie für eine rege Teilnahme an der Aktion „Stadtradeln“, die in der Zeit vom 20.05.2024 bis 09.06.2024 stattfindet.

Vorsitzender Holzrichter heißt Frau Kümmerl herzlich Willkommen und bedankt sich für die Ausführungen.

**9.1. Vergabe von Planungsleistungen zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes und eines Radverkehrskonzeptes über 100.000 €  
Vorlage: 006/2024**

---

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungsleistungen zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes und eines Radverkehrskonzeptes öffentlich auszuschreiben und zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**10. Haushalt 2024/2025 inkl. Änderungslisten**

---

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob es Fragen oder Anmerkungen zu den mit den Sitzungsunterlagen bereitgestellten Unterlagen zum Doppelhaushalt 2024/2025 sowie zu den Änderungslisten der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW) und dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) gebe.

Ratsherr Dregger fragt nach dem aktuellen Sachstand des Förderantrags für die Jahnhalle.

Kämmerer Haarhaus antwortet, dass sich das Projekt „Jahnhalle“ bisher noch in der Vorstufe zu einer Förderung befinde. Erst mit einer erfolgreichen Bewerbung in der Vorstufe könne ein Förderantrag gestellt werden. Es müsse derzeit eher damit gerechnet werden, dass es keine Fördermöglichkeit geben werde. Daher sei die Position bisher nicht in den Haushalt aufgenommen worden. Eine Umsetzung alleine aus Eigenmitteln sei nicht leistbar.

Ratsherr Dregger bedankt sich für die Antwort.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Schwarzkopf führt Kämmerer Haarhaus weiter aus, dass die laufenden Betriebskosten für das Forum im Budget der ZGW etatisiert seien. Die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) sei mit Gründungsbeschluss mit Mitteln ausgestattet worden, die auch für Projektentwicklung und Projektbetreuung vorgesehen seien. Ein möglicher Abriss sei derzeit noch nicht etatisiert, da dieser ggf. förderfähig sein könne. Ein Fördermittelzugang stehe allerdings derzeit noch nicht fest. Zudem sei die Frage des Abrisses nur eine Option von mehreren Entwicklungsmöglichkeiten des Objekts.

Ratsherr Schwarzkopf bedankt sich für die Erläuterung.

Auf Nachfrage von Frau Prinz antwortet Frau Becker, dass die Ausschreibung für einen Generalunternehmer für den Neubau der Schule Lösenbach zeitnah erfolgen solle.

Frau Prinz bedankt sich für die Antwort.

Ratsherr Dregger fragt, ob die Instandhaltungsrückstellungen für Straßenbauunterhaltung in Höhe von 240.000,00 € beim STL jährlich erfolgten.

Kämmerer Haarhaus antwortet, dass die Mittel für die Unterhaltung im Jahr 2024 wie im Vorjahr gleichgeblieben seien, für das Jahr 2025 seien sie gekürzt worden und deswegen würden entsprechende Instandhaltungsmaßnahmen aus Rückstellungen finanziert umgesetzt. Der STL habe vorgeschlagen, für das Jahr 2026, erst wenn die Witterung die Beurteilung aktueller Schadensbilder wieder zulasse, eine entsprechende Liste an Maßnahmen erstellt werde, für die die erforderlichen Mittel auch dann erst berechnet werden könnten. In Summe stünden für die Jahre 2024 und 2025 nicht weniger Mittel zur Verfügung als vorher, sondern eher etwas mehr.

Ratsherr Dregger bedankt sich für die Antwort.

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass keine Änderungen an den vorgelegten Haushaltsunterlagen gewünscht werden.

**Die Ausschussmitglieder stimmen den in der Zuständigkeit des Bau- und Verkehrsausschusses inklusive der vorliegenden Änderungslisten und Anträge bei 6 Enthaltungen zu.**

#### **Abstimmungsergebnis Gesamthaushalt inkl. Änderungslisten:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	6

#### **10.1. Beratung der Punkte 2, 3 und 7 des Antrags der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 gem. geänderten Beschlusses in der Sitzung des Rates am 22.01.2024**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass aus dem CDU-Antrag vom 17.01.2024 für die Ratssitzung am 22.01.2024 zum Thema „Antrag zum Haushaltsplan sowie zum Haushaltssicherungskonzept „10 Punkte für einen ausgeglichenen Haushalt““ die Punkte 2, 3 und 7 zur Beratung im Bau- und Verkehrsausschuss vorgesehen seien. Er dankt der Verwaltung, dass zu allen drei Punkten entsprechende Stellungnahmen frühzeitig vorgelegt worden seien.

#### **Zu Punkt 2 „Kompensation der Kosten/Mehrausgaben, die durch die Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstanden sind bzw. weiter entstehen“:**

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Verwaltung den seitens der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Beschlussvorschlag geringfügig umformuliert habe. Die Ergänzungen seien

kursiv und unterstrichen erkennbar in den Text eingefügt. Zur Verdeutlichung trägt er beide Varianten vor. Er fragt, ob dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt werden solle. Die CDU-Fraktion stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag zu.

**Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Haupt- und Finanzausschuss/dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig den erweiterten Beschluss.**

Zu Punkt 3 „Entmietung externer Büroflächen - Erarbeitung Raumkonzept“:

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Verwaltung hierzu eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt habe. Aus Sicht der Verwaltung werde dieser Punkt als Vorschlag mit der gleichen Zielrichtung zum HSK-Vorschlag und zum Beschluss vom 22.01.2024 verstanden und werde entsprechend berücksichtigt.

**Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zu und empfehlen dem Haupt- und Finanzausschuss/dem Rat der Stadt Lüdenscheid die Umsetzung des HSK-Vorschlages sowie die Umsetzung des Beschlusses vom 22.01.2024 ebenfalls einstimmig.**

Zu Punkt 7 „Nachhaltige Investitionen in den Gebäudebestand (z.B. Energiekostensenkung durch verstärkte Nutzung von Photovoltaik für Mobilität, Wärme, Strom):

Vorsitzender Holzrichter führt weiter aus, dass die Verwaltung den seitens der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Beschlussvorschlag zu diesem Punkt ebenfalls etwas umformuliert habe. Die Änderungen seien durch Streichung, kursive Schrift und Unterstreichung im Text deutlich erkennbar. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter bestätigt die CDU-Fraktion die Übernahme des Formulierungsvorschlages der Verwaltung.

**Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Haupt- und Finanzausschuss/dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig den geänderten Beschluss.**

**Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 des Antrags der CDU-Fraktion vom 17.01.2024:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**Abstimmungsergebnis zu Punkt 3 des Antrags der CDU-Fraktion vom 17.01.2024:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**Abstimmungsergebnis zu Punkt 7 des Antrags der CDU-Fraktion vom 17.01.2024:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.

Enthaltungen: ./.

## **10.2. Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.02.2024 zum Thema "PV-Anlage auf dem Dach der Musikschule"**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Fernholz um Vortrag.

Herr Fernholz trägt den im Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellten Antrag der Fraktion Die Linke mündlich vor. Er stellt fest, dass die bisher eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 8.000,00 € zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Musikschule nicht mehr zu finden seien. Daher beantrage die Fraktion Die Linke 1. die Wiedereinsetzung dieses Betrages zur Planung der PV-Anlage. Weiter werde beantragt, dass 2. Mittel zur Realisierung einer PV-Anlage auf dem Dach der Musikschule gem. Machbarkeitsstudie in den Haushalt 2024/2025 eingestellt werden.

Kämmerer Haarhaus führt zu 1. aus, dass im Projektbudget Mittel verfügbar seien, die für die Planung der Errichtung einer PV-Anlage auf dem Musikschuldach genutzt werden sollen.

Herr Fernholz zieht daraufhin Teil 1 des Antrages zurück.

Zu Teil 2 des Antrages ergänzt Kämmerer Haarhaus, dass erst mit der Planung die Kosten für die PV-Anlage festgestellt würden. Erst dann sei es möglich, Haushaltsmittel entsprechend zu etatisieren.

Frau Becker führt aus, dass mit der Planung seitens der Verwaltung gerade erst begonnen werde. Wann mit einem Ergebnis gerechnet werden könne, sei daher heute noch nicht zu beantworten.

Kämmerer Haarhaus schlägt vor, Teil 2 des Antrages wie folgt zu ändern:

Die ~~Bereitstellung von finanziellen~~ Mitteln zur Realisierung einer PV-Anlage auf dem Dach der Musikschule, wie in der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2021 beschrieben (TO 15.1 Bau- und Verkehrsausschuss vom 24.11.2021) **im Haushalt 2024/2025 baldmöglichst zu etatisieren.**

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Änderungsvorschlag einstimmig zu.

Sodann lässt Vorsitzender Holzrichter über den Antrag abstimmen.

**Die Ausschussmitglieder stimmen dem geänderten Antrag unter Punkt 2 einstimmig zu.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

### **10.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2024 zum Thema "Beleuchtung"**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Kaya um Vortrag.

Herr Kaya erläutert den schriftlich vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der Beleuchtung des Gehweges im Bereich Othlinghausen /Schierey zwischen Othlinghauser Straße, Hindemithstraße und Zum Schierey. Als Deckungsvorschlag sollen Mittel aus dem Produkt 09.01.04 „Licht in Lüdenscheid“ bereitgestellt werden.

Ratsherr Hass beantragt, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Zum einen halte er den Bereich Othlinghausen/Schierey nicht für einen Angstraum, zum anderen seien die Mittel im Produkt „Licht in Lüdenscheid“ für ein Lichtkonzept für die gesamte Innenstadt vorgesehen. Die hier als Deckungsvorschlag benannten Mittel würden dann für den eigentlichen Zweck künftig fehlen.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Beratung und Entscheidung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2024 zu vertagen, weil die Produktverantwortlichkeit beim Fachdienst Bauleitplanung und Städtebau (FD 61) liege, gem. Zuständigkeitsordnung dieses Produkt in die Zuständigkeit des Stadtplanungsausschusses falle.

**Die Ausschusmitglieder verweisen den Antrag einstimmig in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2024.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

### **10.4. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2024 zum Thema "Straßen"**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Frau Prinz um Vortrag.

Frau Prinz trägt die Begründung für den Antrag der CDU-Fraktion gemäß schriftlichem Antrag vor. Sie trägt vor, dass zahlreiche Straßen im Stadtgebiet in schlechtem Zustand seien, deren Instandhaltung im Zuständigkeitsbereich der Stadt Lüdenscheid lägen. Um hier Abhilfe schaffen zu können, werde vorgeschlagen Mittel in Höhe von 950.000,00 € aus dem Produkt 09.01.04 „Licht in Lüdenscheid“ bereitzustellen.

Ratsherr Hass gibt zu bedenken, dass u.U. Geldmittel alleine nicht ausreichen. Vielmehr müsse dann auch überlegt werden, inwieweit beispielsweise ausreichend Personal zur Erledigung dieser Tätigkeiten vorhanden sei.

Ratsherr Dregger antwortet, dass die CDU-Fraktion zu diesem Thema eine schriftliche Anfrage eingereicht habe, bei der die Seite der Personalausstattung in diesem Zusammenhang ebenfalls gestellt werde.

Vorsitzender Holzrichter schlägt auch hier vor, die Beratung und Entscheidung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2024 zu vertagen, weil die Produktverantwortlichkeit beim Fachdienst Bauleitplanung und Städtebau (FD 61) liege, gem. Zuständigkeitsordnung dieses Produkt in die Zuständigkeit des Stadtplanungsausschusses falle.

**Die Ausschussmitglieder verweisen den Antrag einstimmig in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. März 2024.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**11. Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert von über 100.000 €  
Vorlage: 016/2024**

---

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Veröffentlichung der in der Anlage zur Vorlage vorgesehenen Vergabeverfahren wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**12. Berichtswesen; hier: Schriftliche Berichte**

---

**12.1. Einziehung der Straße "Tietmecker Weg"  
Vorlage: 009/2024**

---

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**



Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**12.2. Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen der  
Rettungsdienstbedarfsplanung MK  
Vorlage: 014/2024**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Ersten Beigeordneten Kessler um Vortrag.

Erster Beigeordneter Kessler führt aus, dass die Situation durch die Brückensperrung mittlerweile weniger dynamisch sei. Dadurch werde es ermöglicht, einige Beschlüsse – wie im Bericht ausgeführt - umzusetzen.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der nachfolgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

**12.3. Sachstand zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der  
Brandschutzbedarfsplanung  
Vorlage: 015/2024**

---

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der nachfolgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

### **13. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

#### **13.1. Sachstand "Umbau alte Post/Musikschule für Zwecke der VHS"**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Abendroth von der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW) und Frau Kanngießer vom Büro KKW Architekten und bittet Frau Abendroth um Vortrag.

Frau Abendroth stellt anhand der in das **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellte Präsentation die Umbaumaßnahme vor. Sie führt aus, dass die Fertigstellung Ende 2024 vorgesehen sei. Hierfür müsse jedoch im Verfahren alles auf Anhieb funktionieren und bei den Freilegearbeiten dürften keine Überraschungen eintreten. Sie betont, dass der Kammermusiksaal im Wesentlichen unverändert bleibe. Die erforderlichen Schadstoffsanierungen seien bereits umfangreicher als erwartet. Die vorgesehene Photovoltaikanlage sei Teil des Förderprojektes.

Frau Kanngießer ergänzt die Ausführungen durch Erläuterung der Bauphasenpläne und der Umbauplanung sowie einzelner Ausbaudetails wie z.B. den fehlenden Trittschallschutz, der im Obergeschoss nachgebessert werden solle.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter antwortet Frau Abendroth, dass für die Überplanung und Sanierung des Innenhofes noch Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssten. Für den Umbau werde derzeit von ausreichend vorhandenen Mitteln ausgegangen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

#### **13.2. Sachstand "Grundschule Lösenbach"**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Becker als Leiterin der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW) und bittet um Vortrag.

Frau Becker erläutert anhand der in das **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation den aktuellen Sachstand zum Projekt „Neubau Grundschule Lösenbach“ und das weitere Verfahren vor. Sie betont, dass Stellenausschreibungen seit einiger Zeit oft erfolglos geblieben seien. Es sei zwischenzeitlich gelungen, jemanden für den Aufgabenbereich des Abbruchs der Grundschule Lösenbach zu finden, der jetzt eingestellt werde.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Schwarzkopf erläutert Frau Becker, dass die juristische Prüfung der Vergabeunterlagen für eine Generalplanung erforderlich sei, weil bereits das Vergaberecht vorgebe, dass Generalplanungen nicht das Mittel der Wahl seien. Vielmehr müsse der Einsatz begründet sein. Die Leistungsphase 0 stelle eine wichtige Grundlage für eine gute Planung dar und bedeute daher keinen Zeitverlust im Verfahren.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter führt Frau Becker aus, dass zum Projektstart des Neubaus der Grundschule Lösenbach im Herbst 2024 eine Generalplanung ausgewählt sei. Die Fertigstellung des Neubaus sei in 38 Monaten vorgesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Kallweit betont Frau Becker, dass es völlig normal sei, dass Kinder, die am Verfahren beteiligt würden, ggf. den Neubau einer Schule nie selbst besuchten. Ihre Mithilfe sei für eine gute Planung jedoch besonders wichtig, weil sie bestens über die zu berücksichtigenden Bedürfnisse Bescheid wüssten. Zudem habe sich andernorts gezeigt, dass die Beteiligten Spaß daran gefunden hätten, im Verfahren an der Planung beteiligt zu werden. Leider sei es jedoch nicht möglich, die Ergebnisse auf verschiedene Standorte zu übertragen, da für jeden Standort unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt werden müssten. So könne beispielsweise die Planung für die Ida-Gerhardi-Schule nicht auf die Grundschule Lösenbach übertragen werden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

---

## **14. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **14.1. Bekanntgaben**

---

#### **14.1.1. Schriftliche Bekanntgaben**

---

##### **14.1.1.1. Änderung Notarztgebühr**

---

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Vortrag der Verwaltung gewünscht sei oder es Fragen gebe.

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die Bekanntgabe einstimmig zur Kenntnis.

##### **14.1.1.2. Neue Einheit bei der Feuerwehr Lüdenscheid - Rettungshundestaffel**

---

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob Vortrag der Verwaltung gewünscht sei oder es Fragen gebe.

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die Bekanntgabe einstimmig zur Kenntnis.

### **14.1.2. Mündliche Bekanntgaben**

---

#### **14.1.2.1. Aufbauorganisation der Verwaltung - Abteilungsbildung Fachdienst**

## **Bauordnung**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Ersten Beigeordneten Kessler um Vortrag.

Erster Beigeordneter Kessler führt aus, dass im Fachdienst Bauordnung zwei Abteilungen gebildet werden sollen, insbesondere um die Fachdienstleitung zu entlasten. Das erforderliche Verfahren sei noch nicht komplett abgeschlossen, so dass für die heutige Sitzung keine schriftliche Bekanntgabe habe vorbereitet werden können. Es sei vorgesehen, eine Abteilung „Technik“ und eine Abteilung „Verwaltung/Zentrale Dienste“ zu bilden. Die erforderliche Beratung im Personalrat werde in der nächsten Woche (8. KW) erfolgen. Sobald das Verfahren abgeschlossen sei und ein Ergebnis feststehe, werde die schriftliche Bekanntgabe nachgeholt werden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

### **14.1.2.2. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs (Tempo-20-Zone) in der Knapper Straße**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Frau Kümmerl um Vortrag.

Frau Kümmerl erläutert, dass die Einrichtung der Knapper Straße als Fahrradstraße geprüft worden sei und bereits im November 2023 mitgeteilt worden sei, dass eine Einrichtung derzeit nicht möglich sei. Daraufhin sei seitens der Verwaltung geprüft worden, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmenden unter Berücksichtigung des derzeitigen Verkehrsaufkommens sowie der vorhandenen Anlage möglich sei. Sie stellt als Ergebnis vor, dass in der Knapper Straße ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich eingerichtet werden solle. Das bedeute, dass hier eine Tempo-20-Zone mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h festgelegt werde, ansonsten seien die gleichen Verkehrsregeln wie in einer Tempo-30-Zone zu beachten. Die Zone umfasse die Knapper Straße ab Lessingstraße, die Herderstraße, Lösenbacher Straße, Augustastraße und Friedrichstraße in den markierten Bereichen des im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eigestellten Kartenausschnitts. Die Knapper Straße sei durch hohes Fußgängeraufkommen mit hohem Querungsbedarf gekennzeichnet. Durch die Ausweisung als verkehrsberuhigtem Geschäftsbereich entspreche die Beschilderung der Straße zukünftig der tatsächlichen Situation vor Ort. Zudem werde auch Ortsunkundigen verdeutlicht, dass in diesem Bereich mit einem erhöhten Fußgängeraufkommen zu rechnen sei. Die Reduzierung der Geschwindigkeit erhöhe die Verkehrssicherheit und zusätzlich lasse sich mit der einhergehenden Lärmreduktion die Aufenthaltsqualität verbessern. Sie betont, dass die Maßnahme zeitnah angeordnet und eingerichtet werde.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Frau Kümmerl für die Ausführungen.

## **14.2. Beantwortung von Anfragen**

---

### **14.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2023 zum Thema "defekter Bodenbelag auf dem Rathausplatz"**

---

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die schriftliche Beantwortung und fragt, ob noch Erläuterungsbedarf bestehe. Dieses ist nicht der Fall.

Somit nehmen die Ausschussmitglieder die Beantwortung zur Kenntnis.

### **14.3. Schriftliche Anfragen**

---

#### **14.3.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema "Sanierung Straßen" vom 09.02.2024**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass diese Anfrage Anfang der Woche seitens der CDU-Fraktion schriftlich eingereicht worden sei und von der Verwaltung in das Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt worden sei. Er fragt, ob Erläuterung der Anfrage gewünscht werde.

Die Verwaltung teile mit, dass die Beantwortung erst in der nächsten Sitzung des BVA erfolgen könne, da die Anfrage sehr umfangreich und die Beantwortung durch viele Beteiligte erfolge. Beteiligte seien der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL), der Fachdienst Bauservice (FD 60), der Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung (FD 66), der Fachbereich 2 – Zentrale Dienste (FB 2) und der Fachbereich 1 (Bürgermeister).

Die nächste Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses finde am 22. Mai statt.

#### **14.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema "Internetseite Bauen und Wohnen" vom 09.02.2024**

---

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Beantwortung seitens der Verwaltung und fragt, ob es weiteren Erläuterungsbedarf gebe. Dieses ist nicht der Fall.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **14.3.3. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema "öffentliche Toiletten" vom 09.02.2024**

---

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Beantwortung seitens der Verwaltung und fragt, ob es weiteren Erläuterungsbedarf gebe. Dieses ist nicht der Fall.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung zur Kenntnis.

### **14.4. Mündliche Anfragen**

---

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob es noch mündliche Anfragen gebe.

Da dies nicht der Fall ist, schließt er die öffentliche Sitzung.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin